

EU-Förderung für Freileitung?

Interessengemeinschaft „Vorsicht-Hochspannung“:

E.on spielte bei der Anhörung falsches Spiel

Von unserem Redakteur Robert Goldberg

WILDESHAUSEN·GANDERKESEE.

Nach Informationen der Interessengemeinschaft „Vorsicht Hochspannung“ will das Energieunternehmen E.on für die umstrittene Hochspannungsleitung Ganderkesee - St. Hülfte nun doch an der Freileitung festhalten. Für die Trasse als solche - und nicht für die Erdverkabelung - seien bei der Europäischen Union Fördermittel angemeldet worden. Vor kurzem noch hatte der FDP-Landtagsabgeordnete Christian Dürr vermeldet, die E.on habe erkannt, dass sie die Interessen der Menschen vor Ort berücksichtigen müsse. Er zog aus dem Fakt, dass für die umstrittene Hochspannungstrasse Ganderkesee-St.Hülfte EU-Förderung angemeldet wurde, den Schluss, das Energieunternehmen entscheide sich nun doch für Erdkabel. Was sich während der Anhörung im Niedersächsischen Landtag nach einem möglichen Einlenken der E.on angehört habe - doch noch Erdverlegung? -, habe sich am Dienstag in Wildeshausen bei einem internen Gespräch mit führenden E.on-Mitarbeitern als absoluter Flop erwiesen, so die Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht-Hochspannung“ in einer Erklärung. **E.on hat zwar über das Bundesministerium für Umwelt einen Antrag bei der Europäischen Union (EU) auf Fördermittel gestellt, aber nur für die Trasse als solche, nicht für eine Erdverlegung**, so Mitglieder der Interessengemeinschaft. Falls die EU diesem Projekt zustimmt, was das Bundesministerium bereits getan hat, kann das bedeuten, dass E.on Fördergelder aus Europa für eine Freileitung bekommt, heißt es aus der IG „Vorsicht-Hochspannung“. Aus dem Gespräch hat die Interessengemeinschaft den Eindruck mitgenommen, dass die E.on-AG einer Freileitung Vorrang einräumt, um damit das Verfahren schneller verwirklichen zu können. Auch gegen den Willen der Politik der kommunalen Spitzenverbände und der Bevölkerung. **Auch mit den Landtagsabgeordneten sei im Zuge der Anhörung ein falsches Spiel gespielt worden**. Der Zusammenhang, indem die Fördergelder angeführt wurden, ließ für die Zuhörer keinen anderen Schluss zu, als dass E.on Fördergelder für eine Stromleitung mit neuer umweltschonender Technik beantragt habe. Zum konkreten Stand des Verfahrens berichtete der zuständige Projektleiter Horst Schäfer. Mittlerweile lägen dem Antragssteller ebenfalls die Stellungnahmen vor. Er ließ wissen, dass es sich aus der Sicht der E.on bei den 1500 Einwendungen größtenteils um Beeinträchtigungen mit „geringfügiger Wertigkeit“ handele, wie Gesundheit und Forderung nach einer Erdverlegung. **Die Bevölkerung wird nicht ernst genommen**, so die IG. So sei es dem erfahrenen Leitungsbauer nicht bewusst gewesen, dass alle Bürger im laufendem Raumordnungsverfahren ein Recht auf Einwendungen haben, um damit ihren persönlichen Unmut zu dem Vorhaben zu dokumentieren.